

Landesjugendring SH e.V. • Holtenauer Straße 99 • 24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Sozialausschuss
Frau Katja Rathje-Hoffmann
Vorsitzende

per E-Mail an

sozialausschuss@landtag.ltsh.de

Kiel, d. 02.03.2026

Stellungnahme zu den Anträgen

- **Schutz von Kindern und Jugendlichen vor negativen Auswirkungen sozialer Medien**, Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Drucksache 20/3600
- **Sicheren und kompetenten Umgang mit sozialen Medien stärken**, Alternativantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 20/3623

Sehr geehrte Frau Rathje-Hoffmann,
sehr geehrte Mitglieder des Sozialausschusses,

wir danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme zu den Anträgen „Schutz von Kindern und Jugendlichen vor negativen Auswirkungen sozialer Medien“, Drucksache 20/3600, und „Sicheren und kompetenten Umgang mit sozialen Medien stärken“, Drucksache 20/3623.

In den aktuellen KIM- und JIM-Studien ist ein deutlicher Anstieg der Social-Media-Nutzung unter Kindern und Jugendlichen zu beobachten. Diese Entwicklung verdeutlicht, dass soziale Medien längst Teil der Lebenswelt junger Menschen geworden sind. Problematisch wird die Nutzung jedoch dann, wenn sie ohne Begleitung, gezieltes Framing, Reflexion oder geeignete Schutzmechanismen erfolgt. Unkontrollierte Nutzung kann Risiken wie Cybermobbing, Hassrede, die Verbreitung von Falschinformationen oder auch (psychische) Störungen und Erkrankungen in der realen Welt verstärken. Insofern ist das Ziel, Kinder und Jugendliche besser zu schützen, richtig und unterstützenswert.

Gleichzeitig ist zu bedenken, dass soziale Medien für junge Menschen auch wertvolle Funktionen erfüllen. Sie bieten Räume für soziale Teilhabe, für Freundschaften über räumliche Grenzen hinweg, für kreative Ausdrucksformen, für Informationssuche und für Meinungsbildung. Wer reflektiert und begleitet mit sozialen Medien umgeht, kann dort wichtige Kompetenzen erwerben, vor allem im Bereich Medienkompetenz.

Ein pauschales Verbot sozialer Medien für Kinder und Jugendliche greift aus Sicht des Landesjugendrings daher zu kurz. Abgesehen von einer Abgrenzungsproblematik, da Funktionen sozialer Netzwerke (Profilerstellung, Gruppenbildung, Teilen multimedialer Inhalte, Messaging, ...) inzwischen Einzug in viele Anwendungen gehalten haben, gilt es zu berücksichtigen, dass die Herausforderungen in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen vielfältig, vielschichtig und interdependent sind. Soziale Medien stellen hier nur einen Aspekt dar. Es wäre weder realistisch umsetzbar noch pädagogisch zielführend diesen einen Aspekt aus ihrer Lebenswelt zu entfernen und entspräche nicht dem Ziel, junge Menschen in der Entwicklung zu aufgeklärten und demokratisch denkenden Bürger*innen zu begleiten. Soziale Medien sind ein fester Bestandteil der gesellschaftlichen Realität junger Generationen. Für viele Jugendliche existiert keine strikte Trennung mehr zwischen digitaler und realer Welt, denn sie bewegen sich selbstverständlich in beiden. Social Media können darüber hinaus, sofern sie reflektiert und verantwortungsvoll genutzt werden, auch für demokratische Teilhabe, politische Information und Meinungsvielfalt hilfreich sein, insbesondere im Hinblick auf Desinformation und kritische Urteilsbildung.

Das Augenmerk sollte darauf liegen, alle Menschen – Kinder und Jugendliche aber ganz besonders – im digitalen Raum zu schützen und sie vor den negativen Auswirkungen, die die Nutzung Sozialer Medien zur Folge haben kann, zu bewahren. Es gilt bestehende gesetzliche Instrumente, etwa im neuen Jugendmedienschutz-Staatsvertrag, umzusetzen. Der neue JMSV bietet bereits deutlich schärfere Instrumente, die besseren Schutz ermöglichen sollen, ohne gesellschaftliche Teilhabe einzuschränken. Da dieser erst am 01.12.2025 in Kraft getreten ist, sollte die Wirksamkeit geprüft werden, bevor über Verschärfungen diskutiert wird.

Statt Familien, Schulen, sowie Jugendarbeit und Jugendhilfe allein in die Verantwortung zu drängen, müssen vor allem die großen Plattformbetreiber stärker in die Pflicht genommen werden. Es braucht verbindliche Maßnahmen, um Altersfreigaben, Datenschutz und Meldefunktionen wirksam durchzusetzen. Nur so lässt sich ein fairer Ausgleich zwischen Schutz- und Teilhabeinteressen erreichen.

Um Kinder und Jugendliche nachhaltig zu stärken, sind ferner Investitionen in Medienkompetenzförderung, schulische Medienbildung und außerschulische Bildungsangebote notwendig. Ebenso wichtig sind attraktive Alternativen im analogen Raum, z.B. in der Jugendverbandsarbeit oder mehr öffentliche Orte für Kinder und Jugendliche. Bei allen Maßnahmen ist eine intensive pädagogische Begleitung durch geschulte Fachkräfte notwendig. Diese ist zielführender als ein pauschales Verbot.

Ein Verbot von Social Media für Kinder und Jugendliche mag kurzfristig Sicherheit versprechen, löst die zentralen Herausforderungen jedoch nicht und wäre realistisch kaum umzusetzen. Ziel sollte es vielmehr sein, Kinder und Jugendliche zu befähigen, soziale Medien reflektiert, kreativ und sicher zu nutzen, denn digitale Teilhabe stellt einen Teil moderner gesellschaftlicher Teilhabe dar. Der Schutz junger Menschen vor Risiken in sozialen Medien ist ein gemeinsames Anliegen. Ein pauschales Nutzungsverbot wäre jedoch weder verhältnismäßig noch zukunftsorientiert. Erforderlich sind eine konsequente Regulierung der Plattformen, umfassende Medienbildung und die Stärkung junger Menschen durch Begleitung statt Ausschluss.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Jochen Wilms
Vorsitzender